

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtbeiräte: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Januar 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mk.,
Vollbezugspreis für Monat Januar 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr.
Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: Die einseitige 30 mm breite
Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne
Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 30 mm breite Reklamzeile 200 Pfg.,
außerhalb 250 Pfg., Übersetzungsgebühr 30 Pfg., Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Mariestraße 38/42
Druck u. Verlag von Neipich & Reichardt in Dresden
Vollbezug-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Französische Hafenbauten auf deutsche Kosten

800 Millionen Sachlieferungen für 1928. — 23 Tote bei dem amerikanischen Bergwerksunglück.

Londoner Schachzug gegen die U. G. A.

Ein englischer Sicherheitsplan.

London, 10. Januar. Man will wissen, daß das britische Foreign Office das Völkerbundssekretariat benachrichtigt habe, daß es ihm binnen kurzen einen vollstän- digen Plan betr. die Sicherheitsfrage unterbreiten werde. Dieser Note werde mit großer Spannung entgegengelesen.

Im Zusammenhang mit den nachstehenden Meldungen über die Ausichtslosigkeit des amerikanischen Antikriegspaktes, muß wohl in dem angekündigten englischen Plan der Londoner Gegenzug gegen die Kelloggische Politik, Frankreich in Amerikas Schlepptau zu nehmen, gesehen werden. Sollte diese Ansicht zutreffen, so wird der englische Plan zur Sicherheitsfrage natürlich Frankreichs Sicherheit sehr berücksichtigen. Sie ist von Vorschlag in einer Note auf der Konferenz des Aktionskomitees für den Völkerbund nochmals scharf umrissen worden: Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung kämen in ihrer Gesamtheit einem europäischen Pakt gleich. Auf diese Weise werde der französische Auffassung zum Siege verholfen. Deutschlands Standpunkt ist bekanntlich der, daß Abrüstungs- und Sicherheitsfrage nicht verknüpft werden dürfen.

Zurück zu den polnischen Formeln.

Unterredung Briands mit dem Londoner Gesandten.
Paris, 10. Jan. „Petit Parisien“ will behaupten können, daß Briand gestern im Verlauf der Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord Crewe die Frage des Antikriegspaktes durchgesprochen hat. England würde sich ganz allgemein dem Pakt anschließen können. Aber es würde ebenso wenig wie Frankreich seine Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund befeitigen können und ebensowenig die Verpflichtungen, die sich aus dem Abkommen von Locarno ergeben hätten. Ob man wolle oder nicht, nur eine Alternative sei möglich: entweder die einzuleitenden Verhandlungen würden abgebrochen oder man komme zwingend zurück zu der Formel des polnischen Antrages, dessen Wendungen der Brief an Kellogg bereits aufgenommen habe. Auf alle Fälle aber, so meint „Petit Parisien“ seien die Vorschläge Briands nicht ganz nutzlos gewesen, weil der französisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag, wenn alle von ihm beeinflusst seien,

eine Tragweite und einen feierlichen Charakter annehmen werde, den er ohne Briands Vorschläge niemals angenommen hätte.

Lardieus Forderungen.

Berlin, 10. Januar. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Lardieu, hat nun das Sachlieferungsprogramm für das Jahr 1928 endgültig aufgestellt. Die Sachlieferungen, die von Deutschland in diesem Jahre verlangt werden, sind um 200 Millionen höher als im Jahre 1927 und belaufen sich auf insgesamt 800 Millionen. Es sollen an Sachlieferungsarbeiten ausgeführt werden: Im Hafen von Dünkirchen Vertiefung des Hafenbeckens (50 Millionen), — Konstruktion eines neuen Vorhafens (120 Millionen), — im Hafen von Boulogne Vollendung der Deichbauten (120 Millionen), — im Hafen von Le Havre Vertiefung der Schiffahrtsrinne (55 Millionen), — Erweiterung des südlichen Hafenkais (125 Millionen), — Lieferung eines Schwimmdocks von 25 000 Tonnen (45 Millionen), — Erweiterung der Schiffahrtsrinne von Le Havre nach Rouen (72 Millionen), — im Hafen von Cherbourg Bau eines neuen Anladefais (32 Millionen), — im Hafen von Nantes Ausbau der Einfahrt (25 Millionen), — im Hafen von St. Nazaire Anlage eines neuen Hafenbeckens für große Ueberseesdampfer (80 Millionen), — im Hafen von Nantes Ausbau der Einfahrt 25 Millionen), — im Hafen von La Rochelle Bau neuer Kais (84 Millionen), — im Hafen von Bordeaux Anlage eines neuen Anladefais (50 Millionen) und im Hafen von Bayonne Lieferung eines Baggers (45 Millionen). Außerdem sollen für Kanalbauten an der Seine 67 Millionen, an der Seine 11 Millionen, an der Dife 1,7 Million und am Rhein-Marne-Kanal 0,24 Million verausgabt werden.

Badische freigesprochen.

Berlin, 10. Januar. Das Landgericht I hat das Urteil der ersten Instanz gegen Major Badide wegen Verleumdung des Herrn v. Tressow aufzuheben und auf kostenlose Freisprechung des Beklagten Badide erkannt. Die Kosten sind dem Privatkläger v. Tressow auferlegt.

Deutschland und Polen.

Große Rede Jaleskis.

Warschau, 10. Januar. Der Minister des Äußeren Jaleski hielt auf dem Jahresbanquet der polnischen Gesellschaft zur Prüfung internationaler Probleme eine politische Rede.

Ueber die deutsch-polnischen Beziehungen führte der Minister u. a. aus: Im Laufe des verfloffenen Jahres konnten wir seitens der Leitung der deutschen Außenpolitik mehrfach „Beweise guten Willens“ und auch von Anstrengungen feststellen, trotz außerordentlich schwieriger innerpolitischer Bedingungen gute nachbarliche Beziehungen zwischen beiden Ländern herzustellen. Vor allem sind es zwei Momente, die Hoffnung auf eine weitere Entwicklung der guten Beziehungen zwischen beiden Völkern erhalten. Dies ist die beglückende deutsch-polnische Zusammenarbeit in Genf und eine merkbare Aenderung in der Einstellung der deutschen öffentlichen Meinung gegenüber Polen. Ich hoffe, daß dieses Zusammenwirken in Zukunft immer häufiger sein wird, und daß die in Genf schwebenden Fragen, wie das Danziger Problem, in Zukunft in Genf nicht mehr so viel Raum einnehmen werden wie bisher. (11) Heute gibt es keinen ernstlichen Zweifel mehr, der die Behauptung von einem polnischen Saisonhaat noch ernstlich wiederholte. Auch gibt es heute nicht mehr Deutsche, die nicht eine deutsch-polnische Wirtschaftsveränderung wünschten, die eine unerlässliche Notwendigkeit darstellt. Klagen werden die Deutschen immer zahlreicher, die in einem Zusammenwirken mit Polen ernste Möglichkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Vaterlandes erblicken.

Nicht wir haben Beweise guten Willens zu geben, sondern Polen. Herr Jaleski möge sich nur in der Oberbühnen-, Danziger und Korridorfrage zu einer Haltung bequemen, die der Rechtslage gerecht wird. Galtend neuer Euphorie strift die schönen Worte Jaleskis vom polnischen Behändigungs- willen tägen.

Schwere Verletzung des Schulabkommens.

Ein polnischer Polizeikommissar gibt Störungsanträge an die Aufständischen.

Rattowik, 10. Januar. Der Präsident der Gemischten Kommission, Galonder, hat in einer Entscheidung gegen das unerhörte Verhalten polnischer Beamter gegen die deutsche Minderheit wieder Stellung nehmen müssen.

In der Gemeinde Bracieje im Kreise Rabult sollte am ersten Weihnachtstages eine Weihnachtsfeier der deutschen Minderheitsschule stattfinden. Einige Tage vor der Veranstaltung erschien der dortige Ortspolizeikommandant bei dem Gastwirt, in dessen Saal die Feier stattfinden sollte, und stellte ihn zur Rede, warum er den Saal zu einer deutschen Feier zur Verfügung stelle. Der Polizeikommandant erklärte, daß er, falls die Feier stattfinden sollte, Aufständische herbeiholen würde, die die Teilnehmer verprügeln und alles kurz und klein schlagen würden. 1 1/2 Stunde vor Beginn der Veranstaltung wurde die Feier, die vorchriftsmäßig angemeldet war, plötzlich vom Amtsvorsteher verboten.

Der Deutsche Volksbund legte deshalb bei der Gemischten Kommission Beschwerde ein. Die beteiligten Personen wurden von der Gemischten Kommission eidlich vernommen. Die Eidesauslagen ergaben die Nichtaktheit der Behauptungen des Polizeikommandanten. Der Präsident der Gemischten Kommission mißbilligte in seiner Stellungnahme zu diesem Vorfall das Verhalten des Polizeikommandanten aufs schärfste. Wie es weiter heißt, steht das Verhalten des Polizeikommandanten eine schwere Verletzung der Bestimmungen des Genfer Abkommens dar. Schließlich heißt die Entscheidung fest, daß ein Beamter, der mit der Aufstiftung von gegen die Minderheiten gerichtete Handlungen droht, keineswegs acieinet ist, im Geltungsbereich des Genfer Abkommens Dienst zu tun. Es wird daher die Entziehung des Ortspolizeikommandanten verlangt.

Um die Neugestaltung des Reiches. Der Weg des Bundes für Reichserneuerung.

Der deutschen Öffentlichkeit, seit Jahren überfüllt mit neuen Vereinen und Bänden aller Art, wird man nahe sehen müssen, daß sie bei der Kunde von der Gründung des neuen Bundes zunächst eine gewisse Zurückhaltung für angezeigt hielt. Nachdem aber inzwischen die Gründungswehen der unter der Leitung des früheren Reichskanzlers Dr. Luther entstandenen Vereinigung vorüber sind und eine gesichrtere Beurteilung möglich erscheint, wird man dazu übergehen können, sich die wesentlichen Zusammenhänge zu vergegenwärtigen. Der „Bund für Reichserneuerung“ ist da und hat gesprochen. Sein Leiter hat bereits Schritte beim preussischen Ministerpräsidenten unternommen und wird demnächst auch beim Reichskanzler vorzulegen werden. Die Unterschriftenliste weist Namen von der Rechten bis in die Reihen der Sozialdemokratie auf — Namen aus Industrie und Landwirtschaft, Handel und Schiffahrt — kurz aus allen wichtigen Wirtschaftszweigen. Inzwischen haben auch die beiden großen Parteien der Rechten Stellung zu dem Bunde und seinen Zielen genommen. Es zeigt sich in der deutschen Öffentlichkeit eine gewisse Aufgelodertheit — eine innere Bereitschaft für die großen und größten Fragen, die mit um so größerer Befriedigung erfüllt, als aus ihr hervorgeht, daß sich Deutschlands Volk doch noch nicht ganz an kleine und kleine Dinge eines geschäftigen parlamentarischen Systems verlorren hat.

Bei der Betrachtung des Bundes zunächst ein kurzes Wort über die Persönlichkeit des Bundesleiters selbst. Handelt es sich doch um den ersten großen Schritt, den Reichskanzler a. D. Dr. Luther nach seiner Rückkehr aus Südamerika wieder in das politische Leben tut. Manchemorts will man seine Aktivität nicht nur mit kommenden Reichstags-, sondern auch mit künftigen Reichspräsidentenwahlen in Zusammenhang bringen. Betrachtet man die Lutherische Aktion auch unter diesem — freilich nur präsumtiven — Gesichtswinkel, dann wird man ihrer treibenden Kraft gewiß kein geringes Gewicht in bezug auf eine sehr breite Frontbildung zusprechen dürfen. Ja, man wird die Front, die in der umfangreichen Unterschriftenammlung zum Ausdruck kommt, nahezu als eine Art von Hindenburg-Front bezeichnen können.

Der Bund ist bekanntlich am vergangenen Freitag ins Leben gerufen worden und mit einem Rufus hervor- treten, dessen wichtigste Wendungen in diesem Zusammenhange erneuter Unterdrückung bedürfen. Man acht von der traurigen Tatsache deutscher innerer Uneinigkeit aus, deutet den Streit unitarischer und föderalistischer Meinungen an und sucht einen Weg zur Zusammenfassung aller Kräfte zur Beendigung dieses Haders. „Eine umfassende Lösung muß gefunden werden. Durch eine klare Abgrenzung der kritischen Belange und durch organische Gliederung der Verwaltung ist eine Erneuerung des Reiches herbeizuführen. Dem Reich muß in allen für die Volksgemeinschaft wichtigen Fragen die Entscheidung zustehen. Neben der Führung in der Außenpolitik, der Pflege des Rechts und dem Oberbefehl über die Wehrmacht obliegt ihm die Finanzhoheit und die Regelung aller Fragen, die für die Wirtschaftsbilanz von Bedeutung sind.“ — Nachdem hiermit die Aufgabenstellung wenn auch nur mit flüchtig hingeworfenen Strichen umrissen ist, geht der Aufruf zu eintreten über, die besonders dem Bodenständigen und dem geschäftlich Gewordenen in der Reichsliederung gerecht werden wollen: „Daneben wird die Erhaltung und bewachte Pflege der Stätten alter deutscher Kultur verhindert, daß ein Uebermaß von Zentralisation zu einer Verdünnung der übrigen Gebiete des Reiches führt.“ — Eine Formulierung von gutem Mlange, gewiß acieinet, einige Bedenken, die zunächst hier und da Platz gegriffen haben mögen, zu zerstören.

Am Tage, nach dem dieser Aufruf hinausging und eine erste Bundesversammlung Dr. Luther den Vorsitz übertrug, hat sich der nunmehrige Präsident mit seiner Begründung der Presse vorgestellt. Hierbei wurden die Erklärungen abgegeben, die einiges weitere Licht in die Zusammenhänge des toeben ins Leben getretenen Bundes brachten. Dr. Luther vermied es zwar sorgfältig, irgendwelche präzisierten Ausführungen über die nähere Programmatik des Bundes zu machen. Bei der komplizierten Rechts-Mitte-Punkt-Zusammenlegung der Unterschriftengeber wird man diese Taktik für begreiflich erachten, wenngleich sich Dr. Luther auf der anderen Seite dadurch auch dem Vorwurfe aussetzen mußte, bestimmten und konkreten Formulierungen auszuweichen zu sein. Von besonderer Bedeutung war in dieser Pressebesprechung Dr. Luthers Andeutung, daß der Gründungstermin nicht zu